



Mit Ja zum Geldspielgesetz, Suchtprävention torpediert!

Dem 4. Anlauf der Regierung zur Bewilligung der Geldspielautomaten konnte das Behördenreferendum der EVP, trotz breiter politischer und privater Abstützung, nicht standhalten. Geldspiel-Abgaben zur Finanzierung eines Spielsuchtpräventions-Fonds – was für ein Affront gegen die Anstrengungen von Suchtpräventionsstellen von Kanton und Privaten.

Das Nein zum Geldspielgesetz und damit «Nein zu Geldspielautomaten ausserhalb Casinos», lanciert durch das Behördenreferendum von EVP und Grünen hat nicht genügend gegriffen. Im 4. Anlauf der Regierung hat das Stimmvolk nachgegeben, was respektiert werden muss. Demokratiepolitisch war es trotzdem notwendig, den Entscheid nochmals den Stimmberechtigten vorzulegen. Leider gehört damit der erfolgreiche Zürcher Weg des Verbots von Geldspielautomaten ausserhalb von Casinos der Vergangenheit an. «Künftig werden dem schwächsten Teil der Bevölkerung jährlich 20 - 25 Millionen aus der Tasche gezogen, damit 10% davon in die Prävention gesteckt werden kann. Wir sind in der Tat gespannt, wie die von den Befürwortern angekündigten klaren Regeln und die Präventionsarbeit in Restaurants und Bars aussehen wird.», so Beat Monhart, Mitinitiant und EVP-Kantonsrat Gossau.

Die weiteren Volksinitiativen zur Stärkung der Familien und sozial Schwachen wurden leider vom Zürcher Stimmvolk abgelehnt. «Für die EVP wurden damit zwei Chancen verpasst», die ohnehin knappen Haushaltsbudgets von Familien und Wenigverdienenden zu entlasten.

Der Kanton Zürich wird also weiterhin bei der Prämienverbilligung nicht alles Geld abholen, welches der Bund für die IPV zur Verfügung stellt. Es gilt jetzt darauf zu achten, dass der Kantonsrat nicht weitere Kürzungen bei der IPV vornimmt. Die Schere von minimal steigenden Einkommen und stark anwachsenden Krankenkassenprämien bleibt weiterhin bestehen und gefährdet die soziale Sicherheit.

Die Höheren Familienzulagen sind kein Giesskannensystem wie die Gegnerschaft proklamierte. Im Gegenteil, sie hätten ihre berechnete Unterstützung für die Familien und damit in eine Investition in die Zukunft sein können. Familien sind wichtig: «Jeder Franken mehr im Portemonnaie hätte die Familien gestärkt und ihnen ermöglicht gerade auch mit unterem Einkommen ein geregeltes Familienleben mit weniger Existenzängsten zu führen», so Mark A. Wisskirchen, EVP-Stadt- und Kantonsrat, Kloten.

Für Auskünfte:

Hanspeter Hugentobler, Präsident, Kantons- und Gemeinderat, Schulpräsident, Pfäffikon, G: 044 951 17 91, praesident@evpzh.ch

Markus Schaaf, Vizepräsident, Kantonsrat/Fraktionspräsident, Zell/Rämismühle, N: 078 707 00 66, markus@schaaf.ch

Beat Monhart, Kantonsrat, Gossau, N: 077 470 16 36, b.monhart@gmx.ch

Mark Wisskirchen, Geschäftsführer, Kantonsrat, Mitglied KSSG, Kloten, G: 044 271 43 02, N: 078 86 8 87 00, sekretariat@evpzh.ch